

Die Welt (der Ökonomie) steht auf dem Kopf. . . .

Die Spatzen pfeifen schon länger von den Dächern, was EZB-Chef Mario Draghi letzte Woche Donnerstag formal bestätigt hat:

In der Ökonomie herrscht der Ausnahmezustand (monetäre „Terra Incognita“):

1. Der Zins wurde faktisch abgeschafft (ist nutzlos als Steuerungsinstrument für Kriterien, nach denen Investitionsentscheidungen fallen)
2. Geld ist wertlos (Geldanlage wird bestraft)
3. Die Geldpolitik bleibt wirkungslos

Draghi hat die Prinzipien des freien Marktes außer Kraft gesetzt, Risiko ist kostenlos, Sparen ist sinnlos. Leider ist dieser Zustand weder ein Unfall noch ein Irrtum, sondern ideologisch gewollt. Die EZB betreibt ein Pseudo-Konjunkturprogramm, enteignet/konfisziert Vermögen per Strafzins und entscheidet über Gewinner/Verlierer. Demokratisch abgestimmt hat darüber niemand.

Jene Börsenkurse, die mit diesem Verzweiflungs-Aktionismus angeblich gestützt werden sollen, sind auf wilder Achter- bzw. Geisterbahnfahrt. Super-Mario (Draghi) begegnet der Kritik, er sei ein Scharlatan mit dem Vorwurf, Börsianer seien einfach zu dämlich, die Genialität von „whatever it takes“ zu kopieren. Doch der Blick auf die empirischen Daten entlarvt, dass Draghi die Weltwirtschaft nicht versteht, denn es gibt trotz geldpolitischer Bazooka weder Inflation noch Wachstum. Beweis: Die EZB bietet den Banken für jede Kreditvergabe zusätzliche Rabatte in Höhe von 0,4%, obwohl Draghi weiß, dass die Kredit-Nachfrage dank globaler Stagnation:

- a.) unter dem Nullpunkt liegt, was
- b.) eine fürchterliche Überschuldung verursacht und
- c.) einen weltweiten Kapazitäts-Überhang auslöst, der unter herben Verlusten bereinigt – also abgeschrieben werden muss, was für konjunkturelle Lähmung sorgt (so entsteht Stagnation!).

Man hat das Gefühl, die EZB betreibt ein Computer-Spiel für virtuelle Weltwirtschaft: Super-Marios Ballermann (seine Bazooka oder „dicke Bertha“) beseitigt jede Gefahr auf seinem Konjunktur-Bildschirm per Knopfdruck.

Leider ist die Toleranz der Kapitalgeber am Finanzmarkt für solche Allüren im Zeitalter der aufgeklärten Wissens-Gesellschaft (dank Internet/Google) analog zum Zins auf Null gefallen und der Ton wird rauer. Sparkassen und Volksbanken müssen aus Kostengründen mehr als 20% der Filialnetze schließen. "Die Geldpolitik der EZB ist falsch. Sie ist gefährlich. Sie ist nutzlos, weil keinerlei positive Effekte mehr erkennbar sind. Und sie ist aus unserer Sicht auch nicht mehr sachgerecht", erklärte Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Girobands (DSGV). Seiner Einschätzung nach werden die langfristigen Folgen der momentanen Geldpolitik noch immer unterschätzt. Sie berge "sozialpolitischen Sprengstoff". So bauten sich in der Altersvorsorge Risiken auf. In der vergangenen Woche hatte Uwe Fröhlich, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), EZB-Präsident Mario Draghi "Geldpolitik mit der Brechstange" und "geldpolitischen Aktionismus" vorgeworfen. Die Versicherungs-Konzerne werfen der EZB vor, die Sparer in unverantwortliche Risiko-Anlagen zu treiben und die Riester-Rente steht vor dem AUS (Rückkehr zur klassischen staatlichen Altersrente unvermeidbar).

Der ökonomische Kopfstand führt zu unkalkulierbaren politischen Konsequenzen. Die rekordverdächtige Quote der Frust-Wähler sorgt (im In- und Ausland) für zersplitterte Parteien-Landschaften, erschwert jeden Versuch der Koalitionsbildung und lähmt den Reform-Eifer.

Der Ausgang der Landtagswahlen vom Sonntag reflektiert einen „emotionsgeladenen“ gesellschaftlichen Zeitgeist (Sparer wählen AfD, weil sie sich enteignet fühlen, während die Flüchtlinge alles bekommen), bei dem sich jene Wähler, die vermeintlich „weniger“ haben, betrogen fühlen von der „Elite“ (Profiteure der Geld Flut) - und aus Rache nun jene Wut-Politiker (wie Trump in USA) wählen, die mit Hilfe der „Sozialisierung“ von Privat-Vermögen (Verstaatlichung von Spareinlagen durch die Hintertür des Strafzins-Regimes) zumindest vordergründig der Elite zu Leibe rückt (Vermögensschaden zufügt) und durch „Polarisierung“ der Wähler die Kern-Spaltung der Gesellschaft voran treibt (politischer Missbrauch von Macht für Partikular-Interessen (Korruption), siehe Polen, Ungarn, Ukraine, Brasilien, Venezuela, China, USA).

Institutionelle Anleger, Finanzmarkt-Experten und Hedge-Fund-Manager fürchten, dass die politischen Eskapaden einem fruchtbaren Nährboden (positives Investitionsklima) für Fortschritt und Wohlstand jede Grundlage entziehen, solange die Wähler-Randgruppen mehrheitlich nur noch darauf bedacht sind, ihre Partikular-Interessen durchzusetzen.

Für die Weltwirtschaft – und in deren Sog für die Finanzmärkte - ist das ein böses Omen. Wo jeder Versuch einer Pro-Reform-Politik im Keim erstickt – und das gilt flächendeckend für Europa, Asien und Amerika inkl. Latein-Amerika – da wird die seit 2009 andauernde Konjunktur-Erholung nach sieben guten Jahren ganz natürlich an zyklischer Kraft verlieren.

Im besten Fall droht eine Stagnation. Im „worst-case“ Szenario steigen die Börsen vielleicht noch ein wenig, um dann aber umso fürchterlicher zu fallen (UBS, JPMorgan, Deutsche Bank, Citibank, BoA, Morgan Stanley usw.).

Ökonomie ist wie Religion: Der Glaube an eine Theorie und eine Rückkehr zu (politischer) Vernunft ist wahrscheinlich erst möglich, wenn die führenden Köpfe (Elite?) durch eine neue Krise á la 2007 zur (ideologischen) Umkehr gezwungen werden.